

AfD-Fraktion im Stadtrat Gütersloh – Postfach 4109 – 33275 Gütersloh

An die Stadt Gütersloh
Büro des Stadtrates
Berliner Straße 70
33330 Gütersloh

Haushaltsrede im Stadtrat Gütersloh am 25.02.22

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen im Stadtrat,
liebe Bürgerinnen und Bürger,

wir haben uns mit den anderen Fraktionen darauf geeinigt, unsere Haushaltsreden zeitlich zu begrenzen. Ich werde somit versuchen auf die wichtigsten Punkte in gebotener Kürze einzugehen, getreu dem Motto „In der Kürze liegt die Würze“.

Zunächst möchte ich mich wie gewohnt bei der Verwaltung für die reibungslose Zusammenarbeit und die Mühen rund um die Haushaltsplanberatungen bedanken.

Zum Haushalt vorweg wieder etwas, mittlerweile leider nur fast Positives: Auch 2022 werden die Hebesätze auf einem niedrigen Niveau verbleiben. Wir werden somit auf größere kurzfristige Mehreinnahmen verzichten, doch mit dem Blick auf die großen zukünftigen Gewerbeprojekte und der damit steigenden Attraktivität für Familien und Unternehmen langfristig mit deutlichen Zuwächsen rechnen können.

Im Ergebnishaushalt für 2022 mussten wir bisher mit einem Minus von 46 Mio. Euro rechnen. Dass die Mehrerträge aus der sich andeutenden Steuererhöhung allerdings einen großen Beitrag zur Reduzierung dieses Defizits leisten bleibt aber nicht zu hoffen.

Auch die Kosten und die Folgen der Corona-Pandemie und der beschlossenen Maßnahmen spielen hier nämlich eine Rolle und werden uns noch auf Jahre begleiten. So lautet die Devise sparsam und nachhaltig im Sinne künftiger Generationen zu wirtschaften.

Doch wie sieht die Realität aus?

Gerade im Bereich der Investitionen steigen die Aufwendungen drastisch an. Grundsätzlich ist hiergegen nichts einzuwenden. So sichert man mit ihnen nicht nur bestehende Werte, sondern schafft einen Zugewinn in Anbetracht der öffentlichen Daseinsvorsorge. Doch wie auch im Privaten müssen diese Kosten auch dem nachhaltigen Nutzen Rechnung tragen.

Sobald hier eine Schieflage entsteht, kann die Investition schnell durch anfallende Folgekosten zu einer Belastung werden, deren Mehrwert die Nachteile nicht kompensiert.

Das beste Beispiel für die vollkommene Außerachtlassung dieser Devise seitens der anderen Fraktionen zeigt die Anschaffung der mobilen Luftreinigungsgeräte. Diese Investition von mehr als 5 Mio. Euro wird weder eine Erleichterung für die Schüler bringen, noch einen relevanten Mehrwert für die Zukunft. Gerade das Gegenteil wird hier der Fall sein. Sobald die Pandemie beendet ist, wird es gerade die rot-grüne Gestaltungsmehrheit hier im Hause sein, die mit dem angeblichen Blick auf die Nachhaltigkeit auf die Abschaltung dieser „Energiefresser“ drängen wird. Das Einzige, was an dieser Investition nämlich nachhaltig ist, ist ein zusätzlicher Energieverbrauch und der dauerhafte finanzielle Schaden des Wartungsaufwandes von jährlich rund einer viertel Millionen Euro.

Das oft gehörte Argument, dass ein Teil der Kosten aus Förderprogrammen gedeckt werden kann, dass jemand anders für die Kosten aufkommt, ist für uns reine Tatsachenverschleierung. Dieser oft erwähnte Andere sind nämlich Sie, verehrter Steuerzahler! In diesem Zusammenhang werden oft die Begriffe Fördermittel oder Zuschüsse aus öffentlichen Geldern benutzt. Eines sollte hierbei jedem klar sein: Dies alles sind auch Steuergelder! Hier scheint es wie so oft die AfD-Fraktion zu sein, die auch mit diesen Mitteln sorgsam, nachhaltig und sparsam umgehen möchte!

In Anbetracht der vor uns liegenden Jahre der finanziellen Schieflage gilt für uns das Motto getreu der Aussage der Verwaltung „auch alte Zöpfe und vermeintliche Selbstverständlichkeiten“ zu hinterfragen.

Einer dieser Selbstverständlichkeiten ist es, sich neben einer bald runderneuten großflächigen Stadthalle einen Prunkbau namens Stadttheater zu leisten. So schlagen die Mehrkosten für den Betrieb mit jährlich knapp 3 Mio. Euro (Tendenz steigend) zur Kasse. „Kultur kostet!“ hört man hier oft sagen. Dem stimmen wir generell zu. Doch wie betrachtet man den Nutzen dieser Investition? Das beste Beispiel ist hier ein weiterer Luxus. Ich rede von der Weberei, dem selbsternannten „Bürgerkiez“, der allerdings in Gütersloh auch als linker Szenetreff bekannt ist. Hier werden aus kommunalen Mitteln jährlich etliche Summen investiert, zuletzt für die Renovierung der Küche in Höhe von über 700.000 Euro. Wir stellen hier erneut die Frage: Muss die Stadt Gütersloh in diesen Zeiten einen Kulturbetrieb in diesem Ausmaß fördern? Für uns ist es nach wie vor an der Zeit die Weberei und die damit verbundene Immobilie in die freie Marktwirtschaft zu entlassen. Die guten und nötigen Angebote für Kinder und Jugendliche sollten in Kooperation mit einem privaten Anbieter ohne politische Agenda fortgeführt werden.

Der Bereich Kultur führt uns zum nächsten Bereich, der Kinder- und Jugendförderung. Wir begrüßen hier ausdrücklich die Bemühungen der Verwaltung und auch der Politik, die Folgen der verheerenden Coronapolitik für unsere Kinder und Jugendlichen abzumildern. Zusätzliche umfangreiche Angebote im Bereich der Bildung sind und waren hier bisher nur ein Baustein in diesen Bemühungen.

Ebenso wichtig ist hier aber auch der Einsatz von Ehrenämtern, Vereinen und anderen Einrichtungen. Hierfür möchten wir Ihnen allen ausdrücklich danken. Aber auch hier möchte ich an den Gedanken der Kosten/Nutzen-Überprüfung anknüpfen. Einer der Punkte, der uns hier besonders aufstößt ist die ausufernde Bereitstellung zusätzlicher Mittel für

Sozialarbeiter und Streetworker, sowie den damit verbundenen Organisationen. Dabei ist der tatsächliche Effekt von Streetworkern und Sozialarbeitern faktisch nicht spürbar oder gar messbar. Besonders für unsere linksgrüne Gestaltungsmehrheit hier im Stadtrat scheint das Thema Jugendförderung aber eine Herzensangelegenheit. So wundert es nicht, wenn Jugendarbeit in die Hände von sozialistischen Jugendorganisationen gelegt wird. Der Etat der „Falken“ zum Beispiel, wird in diesem Teil des Haushaltsplanes großzügig aufgestockt. Die Falken, liebe Mitbürger, das ist eine zutiefst sozialistische Organisation, die mit Positionen wie „Verfassungsschutz abschaffen“ oder „Nazi-BAföG? Nicht mit uns!“ auftritt. Oder die mit Inhalten wie „sozialistischer Kinder- und Jugendarbeit“ oder „Sozialistische Perspektiven auf Körper und Sexualität junger Menschen“ wirbt. Wir als AfD-Fraktion wundern uns schon, dass gerade die selbsternannt bürgerlichen Fraktionen im Stadtrat diese Umstände widerspruchslos hinnehmen.

Eine weitere dieser Selbstverständlichkeiten ist die anhaltende Beharrlichkeit aller anderen Fraktionen bei der Verwendung des Wortes „Klimaschutz“. Die damit verbundenen kommunalen Mehrkosten in Millionenhöhe sind hierbei für unsere Klimaschutz-**Jünger*innen** ebenso selbstverständlich, wie die damit verbundenen Mehrkosten für jeden einzelnen Bürger, sei es Mieter, Eigentümer, Geringverdiener, Rentner oder die klassische Familie.

Wir als AfD-Fraktion sprechen uns mitnichten gegen den Schutz der Natur, der Umwelt und der Ressourcen aus. Hier sind wir für sachorientierte und wirklich nachhaltige Ideen und Investitionen ein guter Weggefährte, wie die Vergangenheit gezeigt hat. Wenn wir aber über die Kosten eines Klimabeirates sprechen, in dem apokalyptische Endzeitprediger Stürme beschwören, die Schulen zerstören und dem Gütersloher Bürger schweres Leid zufügen werden, dann ist für uns ein tadelndes Wort mehr als überfällig. Ebenso ist dieses mahnende Wort überfällig, wenn diesem ideologischen Projekt „Klimaschutz“ jegliche städtische Beschlussfassung unabhängig von Sinn oder Unsinn untergeordnet werden soll. Ebenso ist dieses mahnende Wort überfällig, wenn dem Gütersloher Bürger weitere Kosten, Einschränkungen und Vorschriften auferlegt werden sollen. Besonders in Zeiten der ohnehin schon unerträglichen finanziellen Mehrbelastungen durch die ideologisch motivierte Energie- und Verkehrswende. Glauben Sie wirklich, liebe Vertreter der Klimaideologie, dass das Klima bei uns in Gütersloh gerettet wird und wir dafür den Wohlstand, die Freiheit und die Selbstbestimmung unserer Stadt und ihrer Bürger langfristig gefährden dürfen? Wir von der AfD denken nicht.

Ich könnte an dieser Stelle noch viele andere Dinge ansprechen, die mit Blick auf den Haushalt 2022 in unseren Augen in Schiefelage geraten sind. Zum Beispiel den zutiefst defizitären ÖPNV, dessen Gestaltung mehr auf Wunschvorstellungen der Politik, als auf realistischen Prognosen basiert. Oder das Thema „Migration und Flucht“, dass noch immer in einen Topf geworfen wird und dessen Kosten nach wie vor auch den Gütersloher Haushalt massiv belasten. Dies allerdings würde den Rahmen meiner Rede deutlich sprengen und so möchte ich mit folgenden von meinem geschätzten Parteikollegen Alexander Alt inspirierten Worten zum Ende kommen:

Meine Damen und Herren,
jeder ist momentan mehr gefordert als je zuvor. Für diese Disziplin und das Durchhaltevermögen zolle ich meinen Respekt. Gütersloh ist eine liebens- und lebenswerte Stadt mit einer sehr gut aufgestellten Wirtschaft und Infrastruktur. Dieses Erbe zu erhalten, ist unsere Pflicht und Schuldigkeit. Der vorliegende Haushaltsentwurf wird diesem Anspruch aber nachhaltig nicht gerecht. Verschuldung ist kein nachhaltiges Handeln. Es ist lastenhaltiges Handeln, das die Zukunft kurzfristig sichert, jedoch langfristig in eine erhebliche Schieflage bringt. Als Vertreter für die AfD im Stadtrat Gütersloh werden wir den vorgelegten Haushaltsentwurf daher ablehnen.

Dankeschön.